

**KONZEPTPAPIER**

---

# **MEDIEN POLITIK**

---

Demokratie lebt von Meinungsvielfalt –  
Meinungsvielfalt wächst aus Medienvielfalt  
und Medienqualität

## Demokratie lebt von Meinungsvielfalt – Meinungsvielfalt wächst aus Medienvielfalt und Medienqualität

### Das GRÜNE Konzept für eine bessere Medienpolitik in Bayern

*Stewart Brand (1984): „Information wants to be free, because the cost of getting it out is getting lower and lower all the time. Information wants to be expensive, because it's so valuable. The right information in the right place just changes your life.“*

## ZUSAMMENFASSUNG

Unser Nachrichtenökosystem hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Die Aufmerksamkeitsökonomie schlägt in eine Desinformationsökonomie um.

Qualitätsjournalismus und Medienkompetenz als Wegweiser durch die Informationsfluten werden vor diesem Hintergrund immer wichtiger.

Die Vielfalt verlässlicher Informationsquellen, der Zugang zu verschiedenen Meinungen und das Wissen um den Umgang mit Informationen sind wichtige Grundpfeiler unserer Demokratie. Auf Basis der Informationen, die wir erhalten, bilden wir unsere Meinungen, treffen Wahlentscheidungen und gestalten damit unsere Gesellschaft.

Eine zukunftsfähige Medienpolitik muss sich daher um die Sicherung der Vielfalt im Angesicht neuer Herausforderungen durch die digitale Welt kümmern. Sie muss die Frage nach der Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der privaten Medien im Internet-Zeitalter beantworten. Sie muss den Rollenwandel des Journalismus in seinem Verhältnis zu einem immer selbstbewussteren Medienpublikum analysieren und sich um die Arbeitsbedingungen, unter denen guter Journalismus gemacht werden kann, Gedanken machen. Und sie muss uns befähigen, die Medien als Informationsinstrument zu nutzen und uns gegen Manipulationsversuche zu wehren.

Wir GRÜNE verstehen unter Medienpolitik aus diesem Grund viel mehr als reine Wirtschaftspolitik. Denn wenige, wirtschaftlich erfolgreiche Medien, die keine Meinungsvielfalt mehr repräsentieren und die ihrer Informations-, Meinungsbildungs- und

Kontrollfunktion nicht mehr gerecht werden, können ihren Beitrag zum Erhalt der Demokratie nicht leisten. Mediennutzer\*innen, die sich in den Massen der verfügbaren Informationen nicht zurechtfinden, die Nachrichten nicht von Kommentaren unterscheiden können, lassen sich manipulieren und sind nicht in der Lage, sich souverän eine fundierte Meinung zu bilden.

**Unsere GRÜNEN medienpolitischen Forderungen folgen drei Grundsätzen:**

**Vielfaltssicherung, Sicherung der Medienqualität und Förderung der Medienkompetenz.**

Das Ziel GRÜNER Medienpolitik ist, Meinungsvielfalt, Medienqualität und die Souveränität der Mediennutzer\*innen zum Schutz unserer Demokratie zu erhalten und zu fördern. Um die lokale, regionale und landesweite Medienvielfalt zu fördern, wollen wir langfristig tragfähige Förderkonzepte entwickeln, die Kreativität ermöglichen statt sie zu unterbinden. Wir wollen die Voraussetzungen für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk schaffen, der als fairer Partner der privaten Anbieter agiert. Wir setzen die Rahmenbedingungen für eine unabhängige, vielfältige, abwägende Medienaufsicht und ein Mediengesetz, das die Vielfalt in Bayern sichert statt sie zu schwächen. Wir GRÜNE werden den Zielkonflikt zwischen der wirtschaftlichen und der Vielfalts- und Qualitätsdimension nicht auf Kosten von Vielfalt und Qualität lösen.

# **INHALT**

## **I. Demokratie lebt von Meinungsvielfalt – Meinungsvielfalt wächst aus Medienvielfalt und Medienqualität**

## **II. Bestandsaufnahme: Vielfalt in Bayern – ein Kampf ums Überleben**

1. Deregulierung auf Kosten der Meinungsvielfalt und Medienkonzentration in Bayern
2. Viel Geld für wenig Vielfalt - Dauersubventionierung der privaten Lokalfernsehsender
3. Bürgerschaftliches Engagement im Medienbereich ist nicht erwünscht
4. Machterhalt statt Vielfalt in der Medienaufsicht
5. Leitkulturkontrolle, Politikerwerbung und Einmischungen durch die CSU
6. Bayerischer Rundfunk – finanzielle Krise, Aufsichtsprobleme und unfaire Wettbewerbsbedingungen
7. Medienkompetenz

## **III. Unsere Vision: Medienvielfalt, Medienqualität und kompetente Mediennutzer\*innen - Medienpolitik ist nicht nur Wirtschaftspolitik**

## **IV. Medienvielfalt statt Medieneinfalt**

1. Medienaufsicht und Mediengesetz – Hüterinnen der Medienvielfalt
2. Community Media - für eine vielfältige, offene und kreative Medienlandschaft
3. Faire Wettbewerbsbedingungen – Medienvielfalt durch ein gesundes duales Rundfunksystem
4. Der Bayerische Rundfunk – Grundpfeiler der Medienvielfalt in Bayern
5. Meinungsvielfalt durch Vielfalt in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks
6. Echtes duales Rundfunksystem auch in Bayern und ein vielfaltsförderndes Finanzierungskonzept für den Lokalrundfunk
7. Medienvielfalt in Zeiten der Digitalisierung

## **V. Medienvielfalt braucht Medienqualität**

## **VI. Demokratie braucht kompetente Mediennutzer\*innen**

## **VII. Unser Bayern: Beginn einer neuen demokratischen Kultur**

## I. Demokratie lebt von Meinungsvielfalt – Meinungsvielfalt wächst aus Medienvielfalt und Medienqualität

Eine gute Medienlandschaft fördert die Demokratie und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Medien haben die Aufgabe, die Menschen zu informieren und Entscheidungsträger\*innen die öffentliche Meinung mitzuteilen. Unsere Demokratie funktioniert nur, wenn wir über alle notwendigen Informationen verfügen, um uns eine eigene Meinung zu politischen Fragen zu bilden und uns in unserer Gesellschaft zurechtzufinden. Medien sind darüber hinaus Mittler zwischen Politik und Bürger\*innen. Sie berichten über bestehende Probleme der Gesellschaft und über das Handeln der Parlamentarier\*innen und der Regierung. Medien schützen die Demokratie, indem sie Nachrichten verbreiten, die die Regierenden lieber geheim halten würden. Nicht zuletzt wirken Medien durch ihre Kontrolle und Kritik selbst an der Meinungsbildung mit.

Außer Frage steht dabei, dass wir auf die Richtigkeit dieser Informationen vertrauen können müssen. Journalist\*innen sind Wegweiser durch die Desinformationsfluten und erläutern die Zusammenhänge in unserer zunehmend komplexer werdenden Welt. Nur professioneller Journalismus, der sich auf die „Wahrheitssuche“ konzentriert, der keine Vorurteile kultiviert oder als Sprachrohr Dritter agiert, der Zuschauer\*innen, Leser\*innen und Hörer\*innen ernst nimmt, kann diese Rolle erfüllen. Informationen, auf die wir uns verlassen können, ohne selbst nachrecherchieren zu müssen, erhalten wir bisher immer noch größtenteils von klassischen Leit- und Qualitätsmedien.

Das Internet in seiner Allgegenwärtigkeit und mit der Möglichkeit, dass dort alle ihre Nachrichten verbreiten können, hat zu einer Auffächerung des Meinungspluralismus geführt. Facebook spielt für viele inzwischen dieselbe zentrale Rolle, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den siebziger Jahren. Viele umgeben sich in den sozialen Medien mit Gleichgesinnten, um sich als Teil einer Gemeinschaft zu fühlen und bewegen sich in

einer Filterbubble, die für eine gute Debattenkultur und einen weltoffenen Blick schädlich ist. Zwei Drittel aller Internetnutzer\*innen sind 2017 im Netz mit Online Hate-Speech in Berührung gekommen, weitaus mehr als noch im Vorjahr. Etwas eint die Verfasser\*innen von Hasskommentaren: sie schreiben gegen unsere liberale Gesellschaft an und berufen sich dabei auf die Meinungsfreiheit. Obwohl die technischen Möglichkeiten es erlauben würden, ist das Netz selten eine Diskussionsplattform für alle. Viele Nutzer\*innen verstummen und die lautesten äußern ihre Meinung, die so schnell als die vorherrschende gilt. **Die Möglichkeiten des Netzes reichen daher nicht aus um die Meinungsvielfalt zu sichern. Wir sind weiterhin auf die klassischen Medien angewiesen, die Themen setzen, verknüpfen und einordnen und gut recherchierte Informationen liefern.**

GRÜNE Medienpolitik zielt darauf ab, die Meinungsvielfalt zum Schutz unserer Demokratie zu erhalten und zu fördern. Während die bisherige CSU-Medienpolitik reine Wirtschaftspolitik ist, fordern wir bei allen Entscheidungen, seien es Gesetzesänderungen oder Förderentscheidungen, den Aspekt des Erhalts der Meinungsvielfalt zu berücksichtigen.

**Strukturelle Pluralität ist der beste Garant für lokalpublizistische Vielfalt der Berichterstattung. Daher darf der Zielkonflikt zwischen der wirtschaftlichen und der Vielfaltdimension nie auf Kosten der Vielfalt gelöst werden.** Nicht umsonst ist die Meinungsvielfalt in der Verfassung geschützt! In Bayern gibt es zwar eine vielgestaltige Angebotsstruktur von Rundfunksendern und Zeitungen. Aufgrund der Anbieterstrukturen geht diese Struktur jedoch aktuell nicht mit inhaltlicher Vielfalt einher.

**Wir haben den politischen Anspruch, dass diejenigen, die Inhalte produzieren auch diejenigen sein müssen, die angemessene Einnahmen damit erwirtschaften können. Wer die Inhalte erarbeitet, muss ausreichend Zeit für gute journalistische Recherche haben und für diese Arbeit fair bezahlt werden. Geschäftsmodelle, die darauf beruhen, mit den Inhalten Dritter Einnahmen zu erzielen, ohne diese angemessen dafür zu vergüten, wird es mit uns GRÜNEN nicht geben.**



## II. Bestandsaufnahme: Vielfalt in Bayern – ein Kampf ums Überleben

### 1. Deregulierung auf Kosten der Meinungsvielfalt und Medienkonzentration in Bayern

Aufgabe der bayerischen Lokal- und Regionalmedien ist es, vor Ort einen Beitrag zur Information der Bürger\*innen zu leisten und regionale Identität zu stiften. Dafür sind souveräne, regionale Verlage und Rundfunkanbieter nötig, die in ihrer Heimat verwurzelt sind. Denn die freie Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften funktioniert nur mit einer vielfältigen Medienlandschaft, die sich durch Qualitätsjournalismus auszeichnet. Seit Jahren werden Zeitungen eingestellt und Regionalteile nicht mehr aufgelegt. Die Reduzierung des publizistischen Angebots führt zu einem Verlust an Vielfalt im Bereich der Printmedien, der durch regionale Informationsangebote im Netz bisher nicht ausgeglichen wird. Die Medienkonzentration im Zeitungsbereich hat ein beunruhigendes Maß erreicht. Und nicht nur der Printmedienbereich ist von einer zunehmenden Medieneinfalt betroffen. In Bayern gibt es neben Nordrhein-Westfalen zwar die meisten privaten lokalen und regionalen Hörfunk- und Fernsehprogramme, die vielgestaltige Angebotsstruktur geht jedoch leider nicht mit Anbietervielfalt und inhaltlicher Vielfalt einher. Die CSU-Medienpolitik zielt seit Jahren darauf ab, dass einige wenige, wirtschaftlich erfolgreiche Anbieter die gesamte bayerische Medienlandschaft dominieren. Die Marktbedingungen der wenigen verbliebenen unabhängigen Anbieter haben sich durch die Änderungen der CSU im Mediengesetz 2016 weiter verschlechtert. Monopolisierung wird von der CSU konsequent befördert mit dem Argument, dass nur wenige große bayerische Anbieter im Wettbewerb gegen Google und Facebook bestehen können. Doch diesen Kampf gegen Weltkonzerne wird kein noch so großes bayerisches Medienunternehmen auf wirtschaftlicher Ebene gewinnen. Dieser Kampf kann und muss auf inhaltlicher Ebene gewonnen werden. Hier geht es um Relevanz, um Mehrwert für die Mediennutzer\*innen, um Verbundenheit zum regionalen Sender und zur regionalen Zeitung. ***All dies wird nicht durch immer stärkere crossmediale Verflechtungen, weniger eigenständige Sender und nur mehr lokalisierte Inhalte erreicht.***

## 2. Viel Geld für wenig Vielfalt - Dauersubventionierung der privaten

### Lokalfernsehsender

Bei der Gründung privater Lokalfernsehsender in Bayern vor drei Jahrzehnten war keine Dauersubventionierung geplant. Doch die Sender wirtschaften bis heute nicht rentabel. Die Subventionierung wurde in den vergangenen Jahren sogar noch verdoppelt, auf nun 9 Millionen Euro jährlich, die aus dem bayerischen Staatshaushalt finanziert werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass die horizontalen und vertikalen Verflechtungen auf den unterschiedlichen Medienmärkten immer weiter voranschreiten. Die Veranstaltung und Verbreitung von Lokalfernsehprogrammen ist häufig nur ein Glied in einer multimedialen Wertschöpfungs- und Vermarktungskette (Print, Radio, Fernsehen, Anzeigenblätter). Es bestehen dabei vielfältige Potenziale der wechselseitigen Verstärkung von publizistischem Einfluss und ökonomischem Erfolg und damit der Nutzung von Größen- und Verbundvorteilen. Immer weniger wirtschaftlich erfolgreiche Anbieter werden immer meinungsmächtiger. Die Meinungsvielfalt stirbt durch diese Politik.

***Neben der Tatsache, dass die Subventionspolitik der CSU die Medienkonzentration gefördert hat, bestehen auch rechtliche Bedenken bezüglich der Finanzierung der Lokalfernsehsender mit staatlichen Geldern, da das duale Rundfunksystem so ad absurdum geführt wird. Im dualen System muss auch bei der Finanzierung klar unterschieden werden: Privatsender leben von Werbeeinnahmen, öffentlich-rechtliche von Rundfunkbeiträgen.***

Als Ziel der staatlichen Finanzierung führt die CSU stets die Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen lokalen und regionalen Fernsehangebots in Bayern an. Doch Qualität bedeutet für uns GRÜNE auch gute Arbeitsbedingungen derer, die die Inhalte erstellen. Die Situation der Beschäftigten bei den Lokalrundfunksendern ist jedoch weiterhin nicht befriedigend. Die CSU muss endlich anerkennen, dass Medienvielfalt nicht durch die Dauersubventionierung lokaler Fernsehsender erreicht werden kann, die weder hinsichtlich der Eigentümerstrukturen noch hinsichtlich der Programmqualität die Vielfaltsanforderungen erfüllen.



### 3. Bürgerschaftliches Engagement im Medienbereich ist nicht erwünscht

Alternative Medienangebote, die die Medienvielfalt in Bayern bereichern, haben keinen Platz in der Medienpolitik der CSU. Sie fokussiert sich auf wenige große Anbieter und hält die Medienvielfalt allein aufgrund der Vielzahl der Sender bereits für gesichert. Doch viele Radiosender alleine garantieren noch keine inhaltliche Vielfalt. Um möglichst hohe Reichweiten und damit Werbeeinnahmen zu erzielen, überwiegt bei der Mehrheit der privaten Hörfunkprogramme dasselbe Unterhaltungsprogrammformat. Dies ist auch verständlich, denn private Sender sollen sich selbst finanzieren können. Doch durch die Konzentrationen bei den Eigentümerstrukturen und die damit einhergehenden programmlichen Kooperationen, findet sich auch bei den Wortbeiträgen immer weniger Vielfalt. Programme, die Themen behandeln, die nicht dem Mainstream entsprechen, existieren kaum. Umso wichtiger ist es, dass auch alternative Angebote gefördert werden, die den Blick weiten. Community Media übernehmen diese Rolle.

***In Bayern gibt es nur zwei gemeinnützige Radiosender, einen in Nürnberg und einen in München. Beiden Sendern, die aufgrund ihrer gemeinnützigen Verfassung, ihrer ehrenamtlichen Arbeitsstrukturen und ihrer Abhängigkeit von Spenden im Vergleich zu kommerziellen Anbietern kaum Refinanzierungsmöglichkeiten im Werbemarkt nutzen können, verweigert die CSU seit Jahren die dringend notwendige Basisförderung.***

### 4. Machterhalt statt Vielfalt in der Medienaufsicht

Der Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks (BR) sollen die staatsferne Kontrolle und Beratung des privaten und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleisten. Die Unabhängigkeit der Medien darf durch die Kontrolle jedoch nicht beeinträchtigt werden. Daher müssen diejenigen, die in den Aufsichtsgremien sitzen, die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und zu

mindestens zwei Dritteln staatsfern sein. Das hat das Bundesverfassungsgericht 2014 entschieden. Die CSU-Regierung hat daraufhin 2016 das Bayerische Rundfunk- und das Bayerische Mediengesetz angepasst. ***Doch statt Vielfalt und Staatsferne zu sichern, sorgt die CSU bis heute für CSU-Mehrheiten bei der Medienaufsicht und ist nicht bereit, die Vielfalt der bayerischen Gesellschaft anzuerkennen und den Vertreter\*innen dieser Vielfalt in der Medienaufsicht eine Stimme zu geben.*** Stattdessen erweiterte die CSU sowohl den Rundfunkrat als auch den Medienrat um drei Sitze, um so die Drittelgrenze für staatliche und staatsnahe Vertreter\*innen einzuhalten. Die neuen Plätze wurden an eine Vertreter\*in der Migrant\*innen, der Menschen mit Behinderung sowie eine Vertreter\*in aus dem Bereich Freizeit, Tourismus, Gastronomie und Hotel vergeben. Eine ausreichende Abbildung der gesellschaftlichen Realität Bayerns wurde dadurch nicht erreicht, nur Altes bewahrt. ***Die Aufnahme des Bereichs Freizeit, Tourismus, Gastronomie und Hotel in den Rundfunkrat ist nicht nachvollziehbar, vor allem, wenn Gruppen wie die Filmschaffenden, LSBTI, die muslimischen Verbände oder auch die BITKOM weiterhin kein Entsendungsrecht erhalten.*** Ansichten nicht verbandlich organisierter Gruppen und Personen haben im Rundfunkrat und im Medienrat auch künftig keine Stimme und auch einen kontinuierlichen Wechsel der Gremienmitglieder lehnt die CSU ab. ***Der Frauenanteil von lediglich etwa 25 Prozent sowohl im Rundfunk- als auch im Medienrat hat sich nicht erhöht.*** Dass die Präsidentin des Landtags weiterhin qua Amt den Vorsitz des Verwaltungsrates des BR innehat, fügt sich ins Bild einer CSU-Medienpolitik, die keine Unabhängigkeit wünscht, sondern die bayerische Medienlandschaft als Teil ihrer eigenen Bestandssicherung begreift.

Die Medienaufsicht wird so weiterhin für die CSU berechenbare Entscheidungen treffen, sich an Althergebrachtem orientieren, kaum neue Ansichten und neues Fachwissen in der Diskussion zulassen und damit wohl auch keine neuen Impulse geben, selbst wenn diese für den BR und die regionalen Rundfunkanbieter in Bayern noch so nötig wären.

## 5. Leitkultkontrolle, Politikerwerbung und Einmischungen durch die CSU

Einmischungsversuche durch CSU-Politiker\*innen, Werbung von Politiker\*innen im Lokalrundfunk und in Sendungen des BR und nun die Verpflichtung der Rundfunksender, bei ihrer Programmplanung die Vermittlung der „deutschen Leitkultur“ zu berücksichtigen, zeigen, dass die CSU-Regierung die Medienlandschaft als Teil ihrer eigenen Bestandssicherung begreift und für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele instrumentalisiert. Die CSU-Regierung und Verbände, die ihre Weltsicht teilen, beherrschen die Medienaufsichtsgremien. Diese Übermacht in den Medienaufsichtsgremien und der damit verbundene Einfluss auf Zulassungen und Fördermittelvergabe sowie die hohe Subventionierung des Lokalfernsehens haben zu großen Abhängigkeiten geführt.

***Auch wenn es nur Einzelfälle von Missachtung der Pressefreiheit durch Seehofer und Söder sind, so offenbaren sie doch eine Einstellung gegenüber Journalismus, Berichterstattung und unabhängigen Medien, die nicht hinnehmbar ist und unserer Demokratie schadet.***

## 6. Bayerischer Rundfunk – finanzielle Krise, Aufsichtsprobleme und unfaire Wettbewerbsbedingungen

Der im Frühjahr 2016 erschienene Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) zur finanziellen Situation des Bayerischen Rundfunks (BR) hat gezeigt, dass der Sender über Jahre hinweg keinerlei Notwendigkeit sah, wirtschaftlich zu arbeiten, nicht einmal standardmäßige Controllinginstrumente waren eingeführt. Die Mittelverwendung im BR ist intransparent. Das ist für ein Unternehmen dieser Größe, das mit öffentlichen Geldern wirtschaftet, nicht hinnehmbar. Auch eine effektive Aufsicht über die zahlreichen Tochterunternehmen des Senders ist nicht gewährleistet, genauso wenig wie ein wettbewerbskonformes Handeln der Töchter, die beispielsweise zu privaten Filmdienstleistern in Konkurrenz stehen. Die privaten Sender kritisieren zudem die

ungleichen Wettbewerbsbedingungen, was Werbeeinahmen und Verbreitungsmöglichkeiten beziehungsweise die Kosten der Programmverbreitung betrifft. Die Besetzung des Verwaltungsrates nach politischen Gesichtspunkten statt nach Kompetenz unterstützte die Misswirtschaft zusätzlich. Leidtragende dieser Misswirtschaft sind nun die Mitarbeiter\*innen des BR, die aufgrund der notwendigen drastischen Sparmaßnahmen ihren Arbeitsplatz verlieren oder eine ungleich höhere Arbeitsbelastung erfahren.

Die CSU-Regierung konnte sich trotzdem nicht durchringen, den BR einer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen. Im Rahmen der Novellierung des Bayerischen Rundfunkgesetzes im Sommer 2016 wurde zwar die Besetzung des Verwaltungsrates geändert, doch weder die Aufsichtsbefugnisse des ORH noch die Transparenzvorschriften wurden im nötigen Maß erweitert.

## 7. Medienkompetenz

Medien sind heute weit mehr als Zeitungen, Radio und Fernsehen. Fake-News können viral eine enorme Breitenwirkung entfalten. Zu wissen, aus welcher Quelle Informationen stammen und einschätzen zu können, ob diese Quelle glaubwürdig ist, wird immer wichtiger. Denn Medien und damit Meinungen beeinflussen ganz entscheidend das Funktionieren unserer Demokratie. Die Meinung, die wir uns bilden entscheidet maßgeblich über die demokratischen Entscheidungen, die wir treffen.

***Die CSU-Regierung setzt im Bereich Medienkompetenzvermittlung zu einseitig auf eingefahrene Wege wie den Medienführerschein und die Ausstattung von Schulen mit Hard- und Software.***

***Mehr Technik führt aber nicht automatisch zu mehr Medienkompetenz.*** Wenn zudem die Technik, die Schüler\*innen in ihrem Alltag ständig nutzen, wie Smartphones, aus der Schule verbannt werden, stärkt das nicht die Medienkompetenz. Der Umgang damit muss gelernt und gelehrt werden und dafür brauchen wir Lehrkräfte, die selbst die nötigen Fähigkeiten

besitzen und genügend Zeit haben, diese auch zu vermitteln. Hier spart die CSU-Regierung an der falschen Stelle. Sie hat mit gesetzlichen Handyverboten an Schulen die Lebensrealität verkannt und damit die Chance verpasst, bayerischen Schüler\*Innen das notwendige Handwerkszeug zum souveränen Umgang damit mitzugeben. Sie hat weder für ausreichend Personal in der schulischen und außerschulischen Medienbildung gesorgt, noch ausreichend Mittel in die medienpädagogische Forschung und Praxis investiert.

### III. Unsere Vision: Medienvielfalt, Medienqualität und kompetente Mediennutzer\*innen - Medienpolitik ist nicht nur Wirtschaftspolitik

Eine gut entwickelte Medienlandschaft ist geprägt von lokaler, regionaler und landesweiter Medienvielfalt, hoher Qualität der Medienangebote sowie von kompetenten Mediennutzer\*innen. **Unser Anspruch an Qualität richtet sich nicht ausschließlich auf die Inhalte, sondern auch auf deren Herstellung.** Die Menschen, Frauen und Männer gleichermaßen, die im Bereich der Medienproduktion beschäftigt sind, müssen Arbeitsbedingungen vorfinden, die Kreativität gedeihen lassen ohne Selbstaussbeutung zur Voraussetzung zu machen.

Für uns GRÜNE ist Medienpolitik mehr als reine Wirtschaftspolitik. Denn wirtschaftlich erfolgreiche Medien, die ihrer Informations-, Meinungsbildungs- und Kontrollfunktion nicht mehr gerecht werden, können auch ihren Beitrag zum Erhalt der Demokratie nicht mehr leisten. Unsere medienpolitischen Forderungen folgen daher drei Grundsätzen: Vielfaltssicherung, Sicherung der Medienqualität und Förderung der Medienkompetenz.

## IV. Medienvielfalt statt Medieneinfalt

Um die lokale, regionale und landesweite Medienvielfalt zu fördern, brauchen wir langfristige und verlässliche Förderkonzepte, die Kreativität ermöglichen. Wir brauchen einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der als fairer Partner der privaten Anbieter agiert, sowie eine unabhängige, vielfältige, abwägende Medienaufsicht und ein Mediengesetz, das die Medienvielfalt in Bayern stärkt.

### 1. Medienaufsicht und Mediengesetz – Hüterinnen der Medienvielfalt

Wir GRÜNE sehen es als politische Aufgabe, das Spannungsverhältnis von Regulierung und wirtschaftlicher Freiheit so auszubalancieren, dass Medien- und Meinungsvielfalt in Bayern gesichert sind. Medieneinfalt und eine starke Monopolisierung sind bereits der Regelfall in Bayern, d.h. es ist höchste Zeit, die Medienvielfalt und damit auch die Meinungsvielfalt zu stärken. Insbesondere kleine und unabhängige Sender verdienen unsere Aufmerksamkeit.

Das Bayerische Mediengesetz sah bis zu den massiven Einschnitten durch die CSU-Regierung etliche medienvielfaltssichernde Maßnahmen vor. Diese Regelungen zu Fusionen und Kooperationen der Sender, die Monopolbildungen verhindern sollten, müssen dringend wieder im Gesetz verankert werden. ***Die Digitalisierung und die damit einhergehenden veränderten Verbreitungsmöglichkeiten sind kein ausreichender Schutz gegen die Monopolisierung des bayerischen Medienmarktes.***

Wir GRÜNE begreifen die Medienaufsicht als Hüterin der Medien- und Meinungsvielfalt in Bayern.

***Vielfaltssicherung muss daher die Hauptaufgabe der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) sein. Denn eine wirtschaftlich noch so florierende bayerische Medienlandschaft kann, wenn sie von Anbieterkonzentration und Meinungsoligopolen geprägt ist, ihre***



**Grundfunktion, Meinungsvielfalt für eine funktionierende Demokratie zu gewährleisten, nicht erfüllen.** Bisher trifft die BLM ihre Entscheidungen hauptsächlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Damit die BLM die Medienvielfalt in Bayern sichern kann, werden wir uns für entsprechend wirksame gesetzliche Regelungen zur Medienaufsicht und vielfaltssichernde Förderinstrumente einsetzen.

Um die Tendenz nicht noch weiter zu verstärken, dass immer weniger Anbieterinnen und Anbieter immer mehr Sender beherrschen und vor dem Hintergrund der fortschreitenden Monopolisierung des Regionalzeitungsmarktes in Bayern, wollen wir die Beteiligung der Verlage im Lokalrundfunkmarkt einschränken.

## **2. Community Media - für eine vielfältige, offene und kreative Medienlandschaft**

Zu einer lebendigen Medienlandschaft gehören für uns GRÜNE die gemeinnützigen Radiosender (Community Media).

**Community Media leisten durch ihre Unabhängigkeit und Experimentierfreude einen wichtigen Beitrag für die Meinungsvielfalt und zur Förderung der Medienkompetenz in Bayern.**

Diese Sender sind kreativ, querdenkend und arbeiten inklusiv. Sie geben durch ihre innovative Arbeitsweise auch den privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern Denkanstöße. Community Media fördern durch ihre Arbeit und das Angebot an alle Bürger\*innen, sich an der Radioproduktion zu beteiligen, die Medienkompetenz, die Integration und die Inklusion. **Sowohl das Europäische Parlament in seiner Resolution vom September 2008 als auch der Europarat in einer Erklärung des Ministerkomitees vom Februar 2009 haben „Community Media“ als eigenen, dritten Sektor des Rundfunksystems neben öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern zu einem wichtigen Teil des demokratischen Mediensystems erklärt.** Andere Bundesländer erkennen anders als Bayern Community Media seit langem als wichtige Säule ihrer Rundfunklandschaft an und fördern sie entsprechend. In Baden-Württemberg existieren neun Bürger\*innensender, in Bayern sind es bisher

lediglich zwei. **Wir GRÜNE fordern eine gesetzlich festgeschriebene Förderung von Community Media in Bayern.** Wir wollen eine Basisfinanzierung für Bürger\*innenradios und die Befreiung der gemeinnützigen Sender von den Verbreitungskosten, um lokale Bürger\*innenradios in Bayern auf ein sicheres finanzielles Fundament zu stellen und die Gründung neuer Sender zu unterstützen.

### **3. Faire Wettbewerbsbedingungen – Medienvielfalt durch ein gesundes duales Rundfunksystem**

Die privaten Lokalhörfunksender und die Sender des Bayerischen Rundfunks versorgen die bayerischen Hörer\*innen mit Nachrichten, Wortbeiträgen und Musik. Sie bieten Programm für Junge und Alte, für Menschen auf dem Land und in der Stadt. Sie stehen im Wettbewerb zueinander. Dabei geht es nicht nur um die Publikumsgunst, sondern auch um die Finanzierung durch Werbung, die Akquise qualifizierter Mitarbeiter\*innen, die Programmgestaltung und die Verbreitungsmöglichkeiten und -verpflichtungen der Sender. **Die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs zwischen privaten Sendern und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind entscheidend dafür, ob die Medienvielfalt in Bayern gestärkt oder geschwächt wird.**

Bisher teilen sich die öffentlich-rechtlichen und die privaten Sender die bayerische Hörer\*innenschaft zu fast gleichen Teilen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für alle Sender – die öffentlich-rechtlichen wie die privaten – so ausgestaltet werden, dass ihre Angebote auf dem Radiomarkt die gleichen Chancen haben. **Es darf kein Wachstum der Hörer\*innenschaft des BR auf Kosten der privaten Sender geben, wenn sich das Angebot des BR nicht grundsätzlich von jenem der Privaten unterscheidet.** Um dies zu erreichen, ist ein umfassendes Konzept zur Zukunft der Radiosender nötig, das die Interessen des BR genauso berücksichtigt wie diejenigen **aller** privaten bayerischen Radiosender. Die privaten lokalen und regionalen Sender sehen sich zunehmend einem

Wettbewerb um Werbegelder mit Internetriesen wie Google und Facebook ausgesetzt. Es wird zu diskutieren sein, inwieweit Radiowerbung bei den Sendern des BR eingeschränkt werden sollte. Nordrhein-Westfalen hat eine Werbebegrenzung des WDR bereits vorgenommen. Die Erfahrungen der dortigen Sender und des WDR sind bei einer Entscheidung für Bayern zu berücksichtigen, insbesondere die Werbepreientwicklungen. Im Rahmen des Konzepts zur Zukunft der bayerischen Radiosender müssen sich sämtliche Sender auch auf einen Abschalttermin für UKW einigen. Die Technik des Internetradios ist so störungsanfällig, dass niemand mehr daran zweifelt, dass DAB+ kommen wird. Die Kosten des Umstiegs und die künftige Position auf dem Werbemarkt sind insbesondere für die privaten Sender derzeit ein großes Problem. Die Mehrfachbelastung durch Übertragungskosten für UKW und DAB+ (Simulcastregelung) stellt für alle Sender einen unnötigen finanziellen Aufwand dar und muss möglichst schnell beendet werden. Die hier eingesparten Mittel können an anderer Stelle weit sinnvoller investiert werden. Wir sind überzeugt, dass faire Wettbewerbsbedingungen die größte Vielfalt an Sendern hervorbringen wird. Ein Verdrängungswettbewerb zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern ist nicht sinnvoll. Im dualen Rundfunksystem ergänzen sich die verschiedenen Angebote, wobei das Angebot des BR sich gerade nicht über erreichte Quoten rechtfertigen muss, sondern über Qualität und gesellschaftlichen Mehrwert. ***Public Value ist mehr als Quote. Ein Bewusstsein dafür zu schaffen, sehen wir nicht nur als Aufgabe des BR sondern auch als Aufgabe einer guten Medienpolitik.***

#### **4. Der Bayerische Rundfunk – Grundpfeiler der Medienvielfalt in Bayern**

Der Bayerische Rundfunk (BR) gehört den Bürgerinnen und Bürgern und wird von ihnen durch einen Haushaltsbeitrag finanziert. Dabei handelt es sich um ein Solidarmodell, zu dem alle finanziell beitragen, unabhängig davon, ob und wie sie das Angebot persönlich nutzen. Wir GRÜNE sehen diesen Haushaltsbeitrag als Demokratieabgabe, für die wir lange

gekämpft haben und hinter der wir weiterhin stehen. Denn dieser Beitrag gewährleistet, dass der BR seine gesellschaftliche Aufgabe unabhängig und staatsfern erfüllen kann. Die solidarische und staatsferne Finanzierung ermöglicht dem BR, investigativen Journalismus zu praktizieren, der weder durch den Staat noch durch die Wirtschaft beeinflusst wird und Sendungen oder Filme für Minderheiteninteressen zu produzieren, die sonst aus Kostengründen nicht umsetzbar wären. **Der durch den Haushaltsbeitrag finanzierte BR ist damit ein unverzichtbarer Grundpfeiler der Medienvielfalt in Bayern, auf den wir keinesfalls verzichten wollen.** Wir sehen jedoch die Notwendigkeit von Reformen und Kostensenkungen gerade im Bereich der Verwaltung des Senders und bei den Pensionsverpflichtungen. Nötige Einsparungen dürfen aber keinesfalls auf dem Rücken derer realisiert werden, die die Inhalte für den Sender schaffen. Denn diese Inhalte sind die Existenzberechtigung des BR. Die Veränderungen der Medienwelt durch die Digitalisierung – Angebote im Netz, Cloud-TV – stellen die öffentlich-rechtlichen Sender vor große Herausforderungen. Die Legitimationsfrage stellt sich nun vor einem anderen Hintergrund. Doch für uns GRÜNE ist klar, dass der in der Verfassung verankerte Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiterhin besteht. Die technischen Möglichkeiten machen es heute nicht minder notwendig, dass Sender wie der BR zur Meinungsbildung und Integration der Gesellschaft beitragen. Wir GRÜNE setzen uns daher auch weiterhin dafür ein, dass der BR eine finanzielle Ausstattung erhält, die es ihm ermöglicht, diesen Auftrag zu erfüllen. Wir erwarten von den Sendern zugleich eine Vision, wie sie ihrem Auftrag in den kommenden Jahren gerecht werden wollen.

**Bevor nun an den falschen Stellen gespart wird, muss zwingend ein transparenter Überblick über alle möglichen Einsparmöglichkeiten vorliegen.** Auch die Überlegungen und Ergebnisse des Prozesses der Strukturoptimierung der gesamten ARD-Anstalten müssen transparent diskutiert werden, sodass für alle nachvollziehbar über Einsparungen und Strukturoptimierungen entschieden werden kann. Die bisher im Bayerischen Rundfunkgesetz festgeschriebenen Kontroll- und Transparenzvorschriften gehen nicht weit genug. Auch die Aufsicht über die Tochterunternehmen des BR ist derzeit nicht

gewährleistet. Hinsichtlich der Mittelverwendung im Sender herrscht große Intransparenz.

Wir GRÜNE wollen einen transparenten, vertrauenswürdigen BR, der in seinem Geschäftsbericht detailliert Auskunft über die Verwendung der Rundfunkbeiträge gibt. Die Arbeit des BR muss auch über Zahlen nachvollziehbar werden. Dazu gehört für uns auch, öffentlich einsehbar genaue Auskunft über Auftrags- und Koproduktionen mit abhängigen und unabhängigen Produktionsunternehmen als auch über die Bezahlung der Führungsebene des Senders zu geben. **Wir Grüne fordern, dass alle Führungspositionen, einschließlich der Position der Intendantin oder des Intendanten öffentlich ausgeschrieben werden, um die besten Bewerber\*innen zu erreichen und größtmögliche Transparenz im Besetzungsverfahren zu sichern.** Dies gilt für die BLM gleichermaßen. Darüber hinaus erwarten wir eine Professionalisierung der Aufsichtsgremien. Denn nur ein kompetenter Rundfunk- und Verwaltungsrat, welche Entscheidungen unabhängig und auf einer guten Informationsgrundlage treffen, können ein Unternehmen von der Größe des BR verantwortungsvoll kontrollieren und auf Augenhöhe mit der Intendanz leiten.

Bei allen nötigen Reformen ist zu berücksichtigen, dass diese nur zukunftsfähig sein werden, wenn sie einen finanziell maßvoll abgesicherten und damit handlungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk garantieren, der den publizistischen Herausforderungen gewachsen ist durch eine wohlüberlegte Aufgabenstellung, ausreichende Mittel für ein gutes Programm und entsprechend angepasste Strukturen.

## **5. Meinungsvielfalt durch Vielfalt in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks**

Die Aufsichtsgremien des BR und des privaten Rundfunks müssen die Vielfalt Bayerns repräsentieren.

**Wir GRÜNE setzen uns für einen unabhängigen, gesellschaftlich vielfältigen Medienrat ein, der die Medienentwicklung und Medienvielfalt unabhängig von Einzelinteressen fördert.** Wir wollen

einen Medienrat, dessen Entscheidungen transparent und nachvollziehbar sind - für die Anbieter\*innen genauso wie für die Bürger\*innen.

Der BR benötigt neben einem unabhängigen und vielfältigen Rundfunkrat einen kompetenten und unabhängigen Verwaltungsrat, der das Wirtschaften des Senders effektiv kontrolliert und damit seinen finanziellen Bestand und die notwendigen Mittel für ein erfolgreiches Programm sichert.

Unser GRÜNER Gesetzentwurf zur Reform der Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk in Bayern gewährleistet dies und setzt die Vorgaben um, die das Bundesverfassungsgericht in seinem ZDF-Urteil formuliert hat.

***Wir GRÜNE stehen mit unserem Gesetzentwurf für eine moderne, vielfältige und staatsferne Rundfunk- und Medienaufsicht. Wir fordern eine Reduzierung der staatsnahen Mitglieder der Gremien auf etwa ein Viertel, um eine staatsferne Aufsicht zu gewährleisten und Platz für weitere gesellschaftliche Gruppen zu schaffen, die auch nach der CSU-Reform nicht berücksichtigt werden, wie beispielsweise Vertreter\*innen der LSBTI, der Sinti und Roma und der Filmschaffenden.*** Darüber hinaus betrachten wir eine ***paritätische Besetzung der Gremien mit Männern und Frauen*** als verpflichtend.

Transparenz in den Gremien ermöglicht Kontrolle und Partizipation. Unser Gesetzentwurf sieht daher umfassende Berichts- und Veröffentlichungspflichten insbesondere beim BR vor. Aber auch bei der BLM erwarten wir bei der Programmförderung eine größere Transparenz und eine Vergleichbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Minutenförderung bei allen Projekten.

## **6. Echtes duales Rundfunksystem auch in Bayern und ein vielfaltsförderndes Finanzierungskonzept für den Lokalrundfunk**

Laut Art. 111a der Bayerischen Verfassung muss in Bayern Rundfunk in „öffentlicher Verantwortung und in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft betrieben“ werden. ***Formal gesehen ist damit die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) die Veranstalterin***



**sämtlicher privater Rundfunkprogramme im Freistaat. Wir fordern, diese Vorschrift so zu ändern, dass auch in Bayern wie in allen anderen Bundesländern ein echtes duales Rundfunksystem eingeführt wird.** Denn tatsächlich wird in Bayern keine stärkere Kontrolle auf den "Privatrundfunk" ausgeübt als in jenen Ländern, in denen privater Rundfunk nicht in öffentlich-rechtlicher Verantwortung veranstaltet wird. Die Bürgerinnen und Bürger, die Mitte der 70er Jahre mit dem "Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit" gegen privaten Rundfunk kämpften, wollten verhindern, dass Rundfunk zum Sprachrohr kapitalstarker Privatunternehmen würde und daher diese Form des Rundfunks nicht zulassen. 111a BV war nur ein vermeintlicher Erfolg des Bürgerbegehrens. Denn statt privaten Rundfunk zu verbieten, wurde lediglich festgelegt, dass der private Rundfunk in Bayern nicht den Gesetzen des Marktes unterworfen werden darf, keinesfalls jedoch, dass in Bayern ausschließlich öffentlich-rechtliche Angebote gesendet werden dürfen. Ergebnis dieses "Einlenkens" des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß ist heute, dass private Lokalsender in Bayern seit den 80er-Jahren mit hohen Summen subventioniert werden, weil sie als alternativer öffentlich-rechtlicher Rundfunk klassifiziert sind. Dieser Zustand, der nie von Bürgerinnen und Bürgern gewollt wurde, muss endlich beendet werden. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof hat bereits in seinem Jahresbericht 2011 festgestellt, „dass die staatliche Förderung nach Art. 23 BayMG Ende 2012 einzustellen ist.“

**Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Lokalrundfunk nicht nur ein Teil der Wertschöpfungskette weniger Medienkonzerne ist. Sinnvolle staatliche Förderung muss dazu beitragen, eine qualitativ hochwertige, lokale Berichterstattung zu ermöglichen.** Die viel beschworene Vielfalt der 16 Lokalfernsehsender ist keine Erfolgsgeschichte, denn die Monopolisierung dieser Unternehmen schreitet immer weiter fort und die Situation der Beschäftigten ist weiterhin nicht zufriedenstellend. Statt Jahr für Jahr Millionen in die Dauersubventionierung der von bayerischen Zeitungsverlagen beherrschten Lokalfernsehsender zu stecken, wollen wir GRÜNE ein dauerhaft tragfähiges Förderkonzept für alle lokalen und regionalen Medien in Bayern entwickeln. Lokalfernsehsender werden auch nach diesem Konzept sicherlich

weiter gefördert werden. Doch die Förderung wird mit uns GRÜNEN nicht aus dem Staatshaushalt erfolgen und nicht pauschal vergeben werden. Förderung muss sich an der Medienqualität orientieren. Gute Inhalte müssen weiterhin und womöglich sogar mit höheren Mitteln über die Programmförderung der BLM gefördert werden. Öffentliche Gelder wollen wir darüber hinaus für gezielte Förderungen einsetzen, wie Weiterbildungsmöglichkeiten für Journalist\*innen, Beratungen für kleinere und mittlere Verlage und Unterstützung bei Gründung oder Finanzierung neuer Online-Angebote im lokalen Bereich. Über die Fördermaßnahmen muss eine unabhängige Institution entscheiden, um sicherzustellen, dass die Medien keinerlei staatlicher Einflussnahme unterliegen. Vor dem Hintergrund, dass die Lokalfernsehsender in hohem Maße finanziell gefördert werden, muss überprüft werden, ob die derzeitigen Beteiligungsstrukturen tatsächlich die Meinungs- und Medienvielfalt noch gewährleisten. Um ihre staatliche Unabhängigkeit zu sichern, darf die Förderung der Lokalfernsehsender zudem nicht weiter aus Mitteln des Staatshaushaltes erfolgen.

## 7. Medienvielfalt in Zeiten der Digitalisierung

Die fortschreitende Digitalisierung sowie Weltkonzerne, die die Möglichkeiten der Digitalisierung für sich nutzen und ins Mediengeschäft eingestiegen sind, v.a. aber in den Bereich der lokalen Werbung, machen den in Bayern ansässigen Medienunternehmen Konkurrenz. Doch die Digitalisierung bietet auch der bayerischen Medienwirtschaft Chancen für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Oft fehlen dafür heute jedoch die Grundvoraussetzungen.

***Wir GRÜNE setzen uns für einen schnellen Netzausbau ein. Sowohl traditionelle wie neue Geschäftsmodelle im Medienbereich erfordern hohe Datenübertragungen, die derzeit aufgrund fehlender Bandbreiten nicht möglich sind. Gerade in den bayerischen Regionen stellt dies für die Medienunternehmen ein großes Problem und einen gravierenden Wettbewerbsnachteil dar.***

Wir wollen Start-Ups im Medienbereich in der Gründungsphase stärker unterstützen und Förderprogramme für innovative Medienunternehmen auflegen. Nur so können wir langfristig eine junge, vielfältige Unternehmensstruktur etablieren. Dabei ist es ein wichtiges Ziel, dass die Förderung sich nicht auf München konzentriert, sondern die Regionen gestärkt werden. ***Denn Medienvielfalt bedeutet Vielfalt vor Ort.*** Um dies zu erreichen, müssen die Standortvoraussetzungen für Medienunternehmen in ganz Bayern attraktiv werden. Die Vernetzung über digitale Austauschplattformen wollen wir bayernweit vorantreiben und Anreize schaffen, dass flächendeckend an den Hochschulen zu Medienthemen geforscht wird.

Bayern ist einer der führenden IT-Standorte, ein großer Vorteil, nachdem klassische Medienunternehmen immer technologieintensiver werden. Diesen Standortvorteil müssen wir nutzen und ausbauen. Forschung und Technologieentwicklung in den Bereichen Big Data und Künstliche Intelligenz spielen für die Medienwirtschaft eine große Rolle. Wir müssen die Förderung von Medientechnologien ausbauen und Pilotprojekte in diesem Bereich unterstützen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Medienunternehmen zu gewährleisten.

## **v. Medienvielfalt braucht Medienqualität**

Passt die Qualität der Berichterstattung und der journalistischen Arbeit nicht und gibt es keine Vielfalt der Berichterstattung mehr, ist das Ziel der Medienunternehmen verfehlt, auch wenn die Zahlen stimmen.

Seit Jahren werden Zeitungen eingestellt, Redaktionen verkleinert oder zusammengelegt, Newsrooms gebildet, Regionalteile nicht mehr aufgelegt und Journalist\*innen entlassen. Die Reduzierung des publizistischen Angebots führt zu einem Verlust an Vielfalt. Journalist\*innen arbeiten unter einem immer weiter zunehmenden Zeitdruck durch die

Beschleunigung der Nachrichtenübermittlung durch das Internet. Zu diesem zeitlichen Druck kommt die Herausforderung, dass sie aufgrund der schlechten finanziellen Lage der Medienunternehmen und der veränderten Nutzungsgewohnheiten inzwischen Inhalte größtenteils trimedial produzieren müssen. Sie schreiben nicht mehr ausschließlich einen Zeitungsartikel, sondern erstellen gleichzeitig eine Online-Version und Radio- bzw. Videobeiträge zu einem Thema. Zudem verstärkt sich durch die finanziell schwierige Lage der Medien die externe Einflussnahme auf die Berichterstattung: Grenzen zwischen redaktionellem Inhalt und Werbung werden teils verwischt. Weitere Folge des finanziellen Drucks ist eine stärkere Orientierung an Wünschen und Erwartungen des Publikums, das Nachrichten häufig lieber als Infotainment genießt und häufiger auf reißerische Überschriften klickt. Damit wird die finanzielle Medienkrise auch zu einer inhaltlichen. Diese Entwicklungen gefährden die öffentliche Aufgabe journalistischer Medien als Informations-, Kritik- und Kontrollinstitut innerhalb einer Demokratie. Ein Patentrezept, wie mit den Schwierigkeiten umgegangen werden kann, hat bisher niemand. Doch wir sind uns darüber bewusst, welche Bedeutung stabile Einnahmen für die Medienhäuser haben und wie wichtig eine angemessene Bezahlung und vernünftige Arbeitsbedingungen der Medienschaffenden für die Qualität der Medien sind. Aus diesen Gründen setzen wir uns dafür ein, dass nicht einzelne Gattungen – wie die Lokalfernsehsender – hoch subventioniert werden, sondern ein transparentes Förderkonzept erarbeitet wird, das Medienqualität und Medienvielfalt in Bayern über alle Mediengattungen hinweg garantiert. Zudem werden wir weiterhin gesetzliche Regelungen ablehnen, die die Entkoppelung von Werbung und Programmverbreitung vorsehen. ***Diejenigen, die das Programm bzw. die Inhalte für eine bestimmte Zielgruppe erstellen, müssen auch die Möglichkeit erhalten, in dieser Zielgruppe zu werben, um sich zu refinanzieren. Wir unterstützen darüber hinaus die Forderung des Deutschen Journalistenverbandes, dass auch neue Modelle für die europäische Finanzierung von unabhängigem Journalismus geprüft werden.***

Technologische und wirtschaftliche Umbrüche dürfen nicht dazu führen, dass das journalistische Kerngeschäft vernachlässigt wird. Wir brauchen Journalist\*innen, die sowohl

über die Zeit verfügen als auch über die Kompetenz, gründlich und klug zu recherchieren. Dafür braucht es entsprechende Aus- und Fortbildungen, die wir verstärkt mit staatlichen Mitteln fördern wollen. Wir GRÜNE machen uns für eine angemessene Vergütung der Nutzung kreativer Werke stark und setzen im Gegenzug auf zeitgemäße Nutzungsfreiheiten. Wir fordern eine verpflichtende, angemessene Beteiligung der Kreativen an Gewinnen digitaler Plattformen, wenn diese Gewinne mit deren Leistung erzielt werden.

Eine faire Vergütung steht Frauen gleichermaßen zu wie Männern. Daher wollen wir Maßnahmen ergreifen, um den Gender-Pay-Gap im Medienbereich zu schließen.

Wir erwarten außerdem eine gendergerechte Bezahlung bei Projekten, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden und werden dies zu einer Fördervoraussetzung machen. Den BR wollen wir verpflichten, Richtlinien zur Auftragsvergabe festzulegen, die eine gendergerechte Auftragsvergabe und selbstverständlich auch eine gendergerechte Bezahlung sicherstellen.

Der BR spiegelt derzeit die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht ausreichend wider – weder in seinem Programm noch bei seinen Mitarbeiter\*innen und Führungskräften. Als öffentlich-rechtlicher Sender muss er sich mit unserer vielfältig gewandelten Gesellschaft auseinandersetzen. Nicht das Publikum muss sich an den Sender anpassen, sondern der Sender an sein neues Publikum. Der BR muss dazu seine Strukturen überprüfen: Es sind eine Ist-Analyse seiner Vielfalt und Diversität sowie Zielvorgaben und Maßnahmenpläne zu erarbeiten, im Hinblick z.B. auf die Anteile von Frauen und Männern, Menschen mit Migrationshintergrund, Bildungs- und sozialen Schichten sowie Altersgruppen, in Bezug auf Funktionen, Aufgaben, Gehälter, Weiterbildung, Beurteilung, Beförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie auch in Bezug auf Zielgruppen und Publikum.

Wir werden Urheber\*innen bei ihren Vertragsverhandlungen den Rücken stärken. Das Urhebervertragsrecht ist so zu überarbeiten, dass eine faire Bezahlung von Journalist\*innen gesichert ist (verbindliches Schlichtungsverfahren, Auskunftsrecht, Klagerechte für

Urhebervereinigungen). Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird maßgeblich geprägt von zahlreichen Kleinunternehmen und Soloselbstständigen, die kreativ und selbstbestimmt arbeiten. Wir wollen dafür sorgen, dass sie ausreichend abgesichert sind.

Medienqualität beinhaltet neben der Qualität der Inhalte und der Qualität der Arbeitsbedingungen auch die Qualität der Herstellung der Inhalte. Wir erwarten, dass die Medienwirtschaft genauso wie alle anderen Wirtschaftszweige ihre Produkte ressourcenschonend herstellt. Wir GRÜNE fordern und fördern daher den Einsatz ökologischer Technik gerade im energieintensiven Fernseh- und Filmbereich. Die Auftragsvergabe des BR muss die ökologische Komponente der Projektumsetzungen zwingend berücksichtigen und der gesamte Sender ist als Vorbild eines Medienunternehmens ökologisch nachhaltig zu organisieren – vom Fuhrpark, über die Energienutzung und die eingesetzte Technik bis zu einer ökologischen Bauweise bei Neubauten.

## **VI. Demokratie braucht kompetente Mediennutzer\*innen**

Kompetenz im Umgang mit medialen Informationen ist die Basis für gesellschaftliche Teilhabe. Diese Kompetenz spielt eine entscheidende Rolle für unsere politische Sozialisation und ist entscheidend für das Funktionieren unserer Demokratie. Denn unsere Demokratie setzt voraus, dass wir über alle Informationen verfügen, die wir benötigen, um uns rational eine eigene Meinung zu politischen Fragen zu bilden und uns nicht manipulieren zu lassen. Wir müssen uns dabei darauf verlassen können, dass die Informationen richtig sind und erkennen, ob sie aus einer vertrauenswürdigen Quelle stammen. Wir müssen schnell und sicher bewerten können, ob wir es mit Meinungen oder Nachrichten zu tun haben.



***Medienkompetenz online wie offline ist – sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche – die Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt an unserer Gesellschaft teilzuhaben.***

Um diese Kompetenz zu etablieren, setzen wir GRÜNE uns dafür ein, die Medienkompetenz der bayerischen Schüler\*innen, aber auch der sie unterrichtenden Lehrkräfte zu stärken. Wir fordern die Einführung eines Fachs „Digitalkunde“, um der Medienbildung einen festen Platz in unseren Schulen zu geben und die Unterstützung der Lehrkräfte durch IT-Systembetreuer\*innen. Außerdem brauchen wir innovative Projekte zur Förderung, mehr Zeit und Mittel für die Medienerziehung in der außerschulischen Jugendarbeit und vor allen Dingen endlich eine feste Verankerung der Medienpädagogik in Studium und Ausbildung von Lehrkräften, Erzieher\*innen und Pädagog\*innen. Darüber hinaus wollen wir eine zielgruppengerechte Förderung der Medienkompetenz und selbstbestimmten Nutzung gerade digitaler Medien durch Erwachsene - zum Beispiel Kurse von Frauen für Frauen, Kurse für Ältere und für Migrant\*innen.

***Doch es wäre kurzsichtig und politisch unverantwortlich, die Bewertung von Medieninhalten allein den Nutzer\*innen aufzubürden. Neben der Medienbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, brauchen wir klare politische Rahmenbedingungen für die Aufsicht über digitale Inhalte.***

Das Internet hat die Möglichkeit medialer Beteiligung für alle erweitert. Die Veröffentlichung von Meinungen ist nicht mehr vom Urteil einer Redaktion abhängig. Internetkonzerne und Plattformen, die den Informationsfluss algorithmisch steuern, haben gravierenden Einfluss auf die Meinungsbildung. Wir GRÜNE setzen uns für klare Regeln ein, die Transparenz und Recht auch im Netz gewährleisten. Rundfunk und Fernsehen unterliegen wegen ihres großen Einflusses auf die Meinungsbildung einer Regulierung. Plattformen wie Facebook oder YouTube, die eine wesentlich höhere Reichweite erlangen, müssen ebenfalls Verantwortung für die auf ihnen verbreiteten Inhalte übernehmen. Uns geht es dabei keineswegs um eine Vorab-Zensur oder eine unverhältnismäßige Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, sondern darum, sinnvolle Schutz- und Regulierungsmaßnahmen aus der analogen Welt für den digitalen Bereich zu adaptieren.

Wir wollen, dass Social Bots gekennzeichnet werden. Denn die Menschen müssen wissen, ob sie mit Menschen oder Maschinen kommunizieren. Auch eine gesellschaftliche Kontrolle von Algorithmen halten wir für dringend nötig, damit offensichtlich wird, an welchen Stellen diese die öffentliche Kommunikation beeinflussen, indem sie beispielsweise Nachrichten auswählen und vorfiltern.

## VII. Unser Bayern: Beginn einer neuen demokratischen Kultur

In etlichen Bereichen wird es allein durch gesetzliche Regelungen möglich sein, Vielfalt zu fördern und damit auch zu einer neuen demokratischen Kultur in Bayern beizutragen. Die Besetzung der Aufsichtsgremien der BLM und des BR sind ein Beispiel dafür, dass es den politischen Willen braucht, vieles zum Besseren zu ändern. Doch wir GRÜNE sind uns bewusst, dass die Interessen der Akteur\*innen im Bereich der Medienpolitik höchst unterschiedlich sind. Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation vieler Medienhäuser wird es oft nicht einfach sein, Kompromisse zu finden, die sicherstellen, dass unsere medienpolitischen Ziele „Vielfaltssicherung“, „Sicherung der Medienqualität“ und „Förderung der Medienkompetenz“ auch erreicht werden. Doch bereits ein Dialog mit allen Beteiligten, mit kleinen wie großen, kommerziellen, nicht-kommerziellen, öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern und selbstverständlich auch mit den Vertreter\*innen der Medienschaffenden ist ein guter Beginn, Konflikte zu lösen, Ungleichheiten zu bereinigen und die richtigen Förderkonzepte zu finden. Eine vielfältige Medienlandschaft in Bayern kann wachsen, wenn verschiedene Interessen gleichermaßen berücksichtigt und abgewogen werden. Wir stehen für eine GRÜNE Medienpolitik die sich stets an den drei Hauptzielen Vielfalt, Medienqualität und Medienkompetenz messen lässt.

Stand: Juli 2018



**KONTAKT:**

**Ulrike Gote, MdL**

Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags,  
Sprecherin für Rechts-, Medien- und Religionspolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Bayerischen Landtag  
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2648

Fax: 089 4126-1648

[ulrike.gote@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:ulrike.gote@gruene-fraktion-bayern.de)